

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 4

vom 29. Januar 2010

Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Deutschland übt den Umgang mit Terroranschlägen2

Einwohner-Zentralamt: Die Jahresbilanz 20093

Schule, Jugend und Berufsbildung

Amtswechsel der Ansprechperson für Schülervertretungen.....5

Soziales und Familie

Gewalt und Zwangsheirat nicht tolerieren.....7

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Sofortprogramm gegen vereiste Fußwege.....9

Senat zieht Verfahren zum Bau von IKEA in Altona an sich10

Hamburg stärkt Stadt- und Ortsteilzentren.....11

Umwelt

Alstereis für Großveranstaltungen nicht stark genug13

Saubere Schiffe im Hafen.....15

Wissenschaft und Forschung

„Flight Book“ soll Jugendliche für Luft- und Raumfahrt faszinieren17

Justiz

Hamburg setzt sich für Gerichtsverfahren in englischer Sprache ein20

Kultur

Elbphilharmonie: Offene Punkte werden detailliert geklärt21

Elbphilharmonie: Klärungsprozess beginnt.....22

Olaf Metzel mit dem Lichtwark-Preis geehrt23

Zur Information

Terminkalender25

26.01.2010/bfi26

Deutschland übt den Umgang mit Terroranschlägen

Länderübergreifende Krisenmanagementübung LÜKEX 2010 auch in Hamburg

In einer zweitägigen Übung probt Deutschland am Mittwoch und Donnerstag Reaktionen und die Zusammenarbeit nach einem terroristischen Ereignis. Dabei werden neben verschiedenen Szenarien terroristischer Bedrohungslagen auch konkrete Anschläge mit konventionellen Sprengstoffen sowie chemischen und radioaktiven Stoffen an unterschiedlichen Orten im gesamten Bundesgebiet angenommen bzw. simuliert.

Innensenator und IMK-Vorsitzender Christoph Ahlhaus: „Ich begrüße die bundesweite Übung ausdrücklich. Deutschland steht durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr und sein Engagement bei der Bekämpfung des weltweiten Terrorismus auch im Fokus terroristischer Gruppierungen. Die Bedrohung unserer Gesellschaft erfordert ein abgestimmtes und funktionierendes System zur Erkennung und Bekämpfung entsprechender Lagen. Darum sind Übungen wie die LÜKEX-Reihe ein wichtiger Beitrag, um das Krisenmanagement zwischen Bund, Ländern und Unternehmen zu erproben, mögliche Schwachstellen zu identifizieren und in der Folge zu beheben. Die Länder leisten verantwortungsbewusst ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der Gefahrenabwehrsysteme und beteiligen sich mit zahlreichen Einsatzkräften an der Übung.“

Am 27. und 28. Januar 2010 findet die vierte länderübergreifende Krisenmanagementübung LÜKEX 2010 (Länder Übergreifende Krisenmanagement-Übung/EXercise) in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Berlin statt. Erstmals sind neben den Kernübungsländern auch alle anderen Bundesländer – so auch Hamburg – mit Ansprechstellen beteiligt. Schwerpunkte der Übung werden die Krisenkommunikation, die bundesweite Koordinierung von Maßnahmen der Krisenstäbe im Bereich der polizeilichen und nicht polizeilichen Gefahrenabwehr sowie die Information der Öffentlichkeit sein.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,

Ralf Kunz/Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678/2673

Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

www.hamburg.de/innenbehoerde

28. Januar 2010/01128

Einwohner-Zentralamt: Die Jahresbilanz 2009

Innensenator Christoph Ahlhaus und der **Leiter des Einwohner-Zentralamtes, Ralph Bornhöft**, haben am heutigen Donnerstag die Jahresbilanz 2009 des Amtes präsentiert. Der Innensenator stellte seinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für ihren Einsatz an den Anfang: „Dass das Einwohner-Zentralamt auch für das vergangene Jahr eine positive Bilanz ziehen kann, ist ein Verdienst aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – dafür gebührt ihnen mein Dank. Die Arbeit in den verschiedenen Bereichen des Einwohner-Zentralamtes ist eine große Herausforderung und nicht immer einfach – weil das Amt im besonderen Blickpunkt der Öffentlichkeit steht.“

Im Rahmen der Pressekonferenz bekräftigte **Innensenator Christoph Ahlhaus** seine zu Jahresbeginn im Rahmen der Übernahme des IMK-Vorsitzes geäußerte Forderung, das Ausländerrecht zu modernisieren und vorhandene Integrationsangebote zu verbessern: „Wir brauchen das klare Bekenntnis der politisch Verantwortlichen, dass wir die Zuwanderung besser steuern und organisieren müssen. Integrationswilligen Zuwanderern müssen wir schneller als bisher eine verlässliche Perspektive in Deutschland bieten. Andererseits spreche ich mich dafür aus, dass wir in den Fällen, in denen es keinen Integrationsansatz gibt, auch mal ‚Nein‘ sagen müssen.“

Darüber hinaus standen

folgende Themen im Mittelpunkt der Bilanz:

- 1.587 ehemals Ausreisepflichtige haben im Jahr 2009 ein Bleiberecht erhalten, seit 2005 insgesamt 8.939 Personen.
- 2009 wurden 482 ausreisepflichtige Personen, darunter 69 Straftäter aus der Haft, zurückgeführt.
- Seit 2003 hat die Behörde für Inneres in 21 Fällen von Extremisten und Terrorverdächtigen ausländerrechtliche Maßnahmen ergriffen – von der Ausweisung bis zur Einreisesperre, darunter in drei Fällen im vergangenen Jahr.

- In 2009 ist die Zahl der neu eingereisten und in Hamburg verbliebenen Asylbewerber auf 770 Personen angestiegen (574 Personen in 2008).
- Die Zahl der Einbürgerungsanträge ist im Jahr 2009 um 1,8% auf 4.474 gestiegen (4.391 Anträge in 2008), die Zahl der Einbürgerungen um 32,4% auf 3.706 (2.800 Einbürgerungen in 2008).
- Die Einnahmen aus Verkehrsordnungswidrigkeiten beliefen sich im Jahr 2009 auf 30,5 Millionen Euro. Zum Vergleich: 2008 waren es knapp 30 Mio. €, der Haushaltsansatz 2009 belief sich auf 34,5 Mio. €.

Die gesamte Jahresbilanz des Einwohner-Zentralamtes finden Sie unter www.hamburg.de/innenbehoerde oder www.hamburg.de/eza im Internet.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Butter, Tel. 040-42839- 2670 bzw. -2673

Fax: 040 – 42839-2797; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de

sowie:

Behörde für Inneres, Einwohner-Zentralamt, Norbert Smekal, Tel.: 42839-2403

Internet: www.hamburg.de/eza

28.01.2010/bsb28

Ombudsmann statt Ombudsfrau

Amtswechsel der Ansprechperson für Schülervertretungen

Nach zehn Jahren als Ombudsfrau für Schülervertretungen hat Barbara Beutner ihr Ehrenamt an Holger Gisch abgegeben. Das Amt der Ombudsperson wurde von der Behörde 1999 eingesetzt, um Schülervertretungen eine Ansprechstelle zu bieten, bei der sie sich in Ausübung ihrer schulgesetzlich verankerten Mitbestimmungsrechte Rat und Hilfe holen konnten. Bildungssenatorin Christa Goetsch: „Die Arbeit der Schülervertretungen und der Schülerkammer Hamburg ist ein wichtiges demokratisches Element im Schulleben. Deshalb danke ich Frau Beutner für ihren langjährigen und engagierten Einsatz. Sie hat diesem Amt Gewicht und Gesicht gegeben.“ „Ziel meiner Arbeit war es, dass die Schülerinnen und Schüler eigenverantwortlich Handlungsschritte zur Lösung von Konflikten entwickeln und umsetzen“, erklärt Barbara Beutner. 319 Mal wurde die Ombudsfrau allein in den letzten fünf Jahren aktiv. Sie informierte Klassensprecher, Schulsprecher und Mitglieder im Schülerrat nicht nur über ihre Rechte, sondern half ihnen auch, diese angemessen einzufordern und war - wenn nötig - als Vermittlerin vor Ort.

Ihr Nachfolger, der 56-jährige Holger Gisch, arbeitet als IT-Spezialist in einem Medienunternehmen in Hamburg. Er ist seit 30 Jahren ehrenamtlich tätig, im schulischen Bereich seit circa 20 Jahren. Er war Vorsitzender der Elternkammer, Deputierter, Mitglied der Enquete-Kommission 2006 und ist zurzeit am Pilotprojekt „Eltern in der Schulinspektion“ beteiligt. Zu seiner Motivation, diese Amt anzunehmen, erklärt er: „Dazu beizutragen, dass Ungerechtigkeiten vermieden oder wenigstens reduziert werden, halte ich für eine sehr ehrenvolle Aufgabe. Meine Vorgängerin Barbara Beutner hat hier hervorragende Arbeit geleistet, die ich gerne fortsetzen und mit der SchülerInnenkammer gemeinsam weiterentwickeln möchte.“

Schülervertreterinnen und Schülervertreter aller Schulformen, auch der beruflichen Schulen, wenden sich mit ihren Schwierigkeiten und Problemen an die Ombudsperson. Diese berichtet einmal jährlich über ihre Tätigkeit. Der Jahresbericht wird zunächst von der Behördenleitung und der Schülerkammer diskutiert und dann veröffentlicht. Aus den bisherigen Berichten geht hervor, dass es vielfältige Gründe für die Einschaltung der Ombudsperson gibt. Zum Teil fühlten sich die Schülervertreterinnen und -vertreter in ihrer

Rolle von Mitschülern, Lehrern und Schulleitungen nicht Ernst genommen, ihre Rechte als Schülervetreter sind ihnen und auch den Lehrern häufig nur unzureichend bekannt. In den letzten fünf Jahren wurden gegenüber der Ombudsfrau in 192 Fällen Verstöße gegen das Hamburger Schulgesetz beklagt. Der Anteil der Schülervertretungen, die sich ohne einen Erfolg aus einem Konflikt zurückzogen, bewegte sich trotz der Hilfestellung der Ombudsfrau zwischen zehn und 50 Prozent. Zum Teil führte die Angst vor schlechten Noten oder das Gefühl, doch nichts ausrichten zu können, zum Rückzug. Wo hingegen Schulen Schülervertretungen als wichtiges Gremium anerkannten, führte dies zu weniger Konflikten in der Schule. „Während der gesamten zehn Jahre war zu beobachten, dass die Schülerinnen und Schüler mit einem ausgeprägten Selbstverständnis für demokratisches Denken und einem sicheren Gespür für gerechte bzw. ungerechte Entscheidungen eine wichtige Grundlage für die Lösungen von Konflikten schaffen konnten“, stellte Frau Beutner fest.

Rückfragen:

Brigitte Köhnlein
Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung
040.42863.2003
0172.4247071
brigitte.koehnlein@bsb.hamburg.de

26. Januar 2010/bsg26

**basis
& woge**
beratung | hilfe | perspektiven

Gewalt und Zwangsheirat nicht tolerieren

„Zuflucht“ für bedrohte Mädchen und junge Frauen wird eröffnet

Mit einer Feierstunde in der Patriotischen Gesellschaft wird heute die erste anonyme Schutzeinrichtung für akut bedrohte Mädchen und junge Frauen in interkulturellen Familienkonflikten in Hamburg eröffnet. In der Unterbringung, die den Namen „Zuflucht“ trägt, finden die Betroffenen Schutz, Rat und Hilfe. Zum Beispiel in Fällen, in denen sie von Zwangsheirat bedroht sind.

„Ich finde es selbstverständlich, dass sich jeder und jede seinen Lebenspartner selbst aussuchen kann. Eine erzwungene Heirat raubt den Betroffenen die menschliche Würde und beeinträchtigt ihre persönliche Freiheit in erheblichem Maße“, sagt **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Zwangsheirat darf nicht toleriert werden! Es ist daher unser Ziel, Frauen, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind, besser zu schützen und ihnen zu helfen.“

In der Einrichtung finden Mädchen und junge Frauen, die auf Grund interkultureller Familienkonflikte Gewalt ertragen oder fürchten müssen, sofortigen Schutz. Bis zu sechs Betroffene im Alter zwischen 14 und 21 Jahren werden im Rahmen einer kurzfristig angelegten anonymen Unterbringung von maximal acht Wochen begleitet und es werden mit ihnen gemeinsam Zukunftsperspektiven entwickelt. So wird beispielsweise eine mögliche Rückkehr in die Familie geprüft oder es wird nach einer geeigneten Wohn- und Betreuungsform gesucht.

Betrieben wird „Zuflucht“ vom Hamburger Jugendhilfeträger basis & woge e.V.. Über die Jugendämter und den Kinder- und Jugendnotdienst können die interkulturell erfahrenen Pädagoginnen gefährdete Mädchen und junge Frauen rund um die Uhr aufnehmen. „Die Einrichtung gibt ihnen Raum, um zur Ruhe zu kommen. Hier finden sie Verständnis und Zuwendung, Verlässlichkeit und Halt“, erklärt **Myriam Schrank, Leiterin der Einrichtung**. „Das Recht aller Mädchen und Frauen auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung ist dabei der Maßstab unseres Handelns.“ Der Träger basis & woge hat durch seine bereits seit 1993 bestehende Mädchenwohngruppe „Kardelen“ Erfahrung mit anonymisierter Unterbringung und Betreuung. Er ist Teil eines bundesweiten Netzwerkes zum Schutz von Mädchen und jungen Frauen, die von familiärer Gewalt und Zwangsheirat bedroht sind.

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz finanziert die „Zuflucht“ durch Zuwendungen in Höhe von knapp 390.000 Euro im Jahr. Die

Kriseneinrichtung, deren Standort geheim ist, wird heute um 16 Uhr mit einem Grußwort von Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert in der Patriotischen Gesellschaft eröffnet.

Zwangsheiraten in Hamburg und Deutschland

In Deutschland sind vor allem Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund von Zwangsheirat betroffen. Eine im Jahr 2006 in Hamburg durchgeführte Studie ergab, dass in rund 60 Beratungsstellen 210 Beratungsfälle zu erfolgter oder drohender Zwangsheirat vorlagen. Eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, bei der 143 türkische Migrantinnen befragt wurden, ergab, dass 25 Prozent ihren Partner vor der Hochzeit nicht kannten und bei 50 Prozent der Partner von Verwandten gewählt wurde. 17 Prozent von ihnen hatten das Gefühl, zur Ehe gezwungen worden zu sein.

Aktivitäten in Hamburg

Der Hamburger Senat setzt sich unter anderem mit dem Handlungskonzept „Aktiv gegen Zwangsheirat“ für eine Bekämpfung von unter Zwang durchgeführten Eheschließungen ein. Parallel zur „Zuflucht“, die den Betroffenen kurzfristige Hilfen anbietet, wird derzeit ein Konzept erarbeitet, wie von Zwangsheirat und interkulturellen Familienkonflikten bedrohten Mädchen und jungen Frauen mit einem Wohnprojekt langfristig geholfen werden kann. Seit Mai 2007 fördert die Sozialbehörde mit i.bera und LALE außerdem interkulturelle Opferberatungsstellen, deren Haushaltsansatz für die Jahre 2009/2010 mit insgesamt 215.000 Euro jährlich um rund 140 Prozent im Vergleich zu 2008 aufgestockt wurde. Beide Träger bieten kostenlose und anonyme Einzelfallberatung, Paar- und Familienberatung an und führen Workshops an Schulen und Selbststärkungskurse durch. Die Sozialbehörde bietet zudem für Fachkräfte der Jugendhilfe Fortbildungen zum Thema Zwangsheirat an. Außerdem ist ein geregelter Verfahren zum Umgang mit Betroffenen in Handlungsempfehlungen für die bezirklichen Jugendämter festgelegt.

Betroffene erhalten Hilfe und Unterstützung unter der Hotline-Rufnummer 040/22 62 26 27 (täglich 10 - 22 Uhr). Darüber hinaus bieten die Interkulturellen Opferberatungsstellen i.bera und LALE telefonische Beratung zum Thema Zwangsheirat an unter 0174/150 77 09 (montags 16 bis 17 Uhr, dienstags 13 bis 14 Uhr, mittwochs 9.30 bis 10.30 Uhr, donnerstags 10 bis 11 Uhr).

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsg/

25. Januar 2010/bsu25a

Sofortprogramm gegen vereiste Fußwege Stadtreinigung unterstützt Bezirke beim Streuen und Enteisen

Angesichts der anhaltenden Kälte und der zum Teil sehr glatten öffentlichen Fußwege hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Stadtreinigung Hamburg (SRH) beauftragt, umgehend auch einen Teil der öffentlichen Fußwege zu streuen. Nach dem Hamburger Wegegesetz ist die SRH für Fahrbahnflächen verantwortlich, während die Bezirke und Privatanlieger für das Streuen und Enteisen öffentlicher Wege zuständig sind. Aufgrund der dauerhaften frostigen Temperaturen konnten die zahlreichen vereisten Flächen auf den 3.200 Kilometer Fußwegen und Fahrbahnen in Hamburg nicht überall gestreut werden.

Gerade mit Blick auf ältere Mitbürger ist der Zustand einiger vereister Fußwege nicht haltbar. Die Stadtreinigung Hamburg wird daher mit 300 Mitarbeitern zunächst die Gehwege auf den Strecken streuen, auf denen keine Anlieger zum Streuen verpflichtet sind. Diese Arbeit werden Beschäftigte der Stadtreinigung übernehmen, die sich eigentlich um die Entsorgung der Weihnachtsbäume am Straßenrand kümmern sollten.

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk, sagte: „Ich bedanke mich sehr bei der Stadtreinigung und ihren Mitarbeitern für ihre kurzfristige Bereitschaft, ungeachtet der behördlichen Zuständigkeiten nun auch so schnell wie möglich die Zustände auf den Fußwegen zu verbessern.“

Zum Streuen der Wege wird Sand eingesetzt. Daneben erinnert die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt alle Grundstückseigentümer an ihre Verpflichtung, die Gehwege vor ihren Grundstücken von Eis und Schnee zu befreien und mit sogenannten abstumpfenden Stoffen abzustreuen.

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

26. Januar 2010/bsu26

Votum des Bürgerentscheids soll umgesetzt werden

Senat zieht Verfahren zum Bau von IKEA in Altona an sich

Nach der deutlichen Entscheidung der Altonaer für den Bau eines Ikea-Einrichtungshauses in Altona hat der Senat in seiner heutigen Sitzung das weitere Genehmigungsverfahren zum Bau des Einrichtungshauses evoziert. Um der Entscheidung der Bürger Geltung zu verschaffen und den weiteren Planungen die nötige Sicherheit zu geben, ist es erforderlich, dass der Senat die Genehmigungsentscheidungen an sich zieht. Andernfalls würde durch das Bürgerbegehren gegen den Bau von IKEA das weitere Verfahren aufgehalten und letztlich in Frage gestellt. Die klare Entscheidung der Altonaer könnte nicht umgesetzt werden. Die weiteren Schritte werden eng mit dem Bezirk abgestimmt.

Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk zeigt sich froh über die klare Entscheidung: „Es ist gut, dass sich die Altonaer bei einer beeindruckenden Wahlbeteiligung mit einer so deutlichen Mehrheit entschieden haben. Dies schafft Klarheit und macht den Weg frei für eine Neubelebung der früheren Haupteinkaufsstraße in Altona. Mit der heutigen Senatsentscheidung kann dieser deutliche Wille der Altonaer nun auch tatsächlich umgesetzt werden. Ohne Evokation wäre der Bezirk trotz des klaren Votums von 62.412 Bürgern zur Untätigkeit verurteilt, wenn auf Basis von 5.700 Unterschriften ein weiteres gegenläufiges Begehren zustande kommt. Durch die Evokation schaffen wir Klarheit für das weitere Vorgehen.“

Den Künstlern von Frappant e.V., die als Zwischennutzung die Räume im ehemaligen Frappant-Gebäude nutzen konnten, hatte die Stadt schon Ende letzten Jahres die Viktoria Kaserne als Ausweichquartier angeboten. In den vergangenen Gesprächsrunden hatten die Künstler bereits signalisiert, dass die Kaserne eine denkbare Alternative sei. Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Viktoria Kaserne eine passende Lösung für die Künstler bietet. Die Flächen dort sind ausreichend groß und für eine künstlerische Nutzung ausgesprochen geeignet.“

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

28.01.2010/bsu28

Hamburg stärkt Stadt- und Ortsteilzentren Senatskommission beschließt Unterstützung für Stadtteile

Die Senatskommission Integrierte Stadtteilentwicklung hat beschlossen, den Erhalt und die Weiterentwicklung der Zentren Niendorf-Nord, Langenhorner Markt, und Ortskern Rahlstedt durch zusätzliche Maßnahmen zu fördern. Gemeinsam mit den bereits festgelegten Fördergebieten Südliches Reiherstiegviertel, Berta-Kröger-Platz, Fuhlsbüttler Straße, Steilshoop und Neugraben-Zentrum gehören nun insgesamt acht Gebiete zum Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“. Aus diesem Programm sollen bis zum Jahr 2015 Maßnahmen in Höhe von rund 18,5 Millionen Euro gefördert werden. Der Bund trägt ein Drittel der Kosten.

Bundesweit verändern sich Stadt- und Ortsteilzentren durch die Konkurrenz zu großflächigem Einzelhandel und expandierenden Einkaufszentren stark. Stagnierende Umsätze führen dazu, dass kleinere Fachgeschäfte kaum mehr konkurrenzfähig sind. Uniform gestaltete Filialen großer Einzelhandelsketten und häufigere Ladenleerstände sind die Folge.

Das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ will diesen Entwicklungen entgegenwirken. Ziel ist es, die jeweils eigene gewachsene Identität der Gebiete und das urbane Leben mit seiner Vielfalt aus Einzelhandel, Dienstleistung, Handwerk, Kultur, Gastronomie und Wohnen langfristig zu stärken.

Die Fördermittel können unter anderem eingesetzt werden für:

- Die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Entwicklungskonzepten
- Neubau und/oder Umgestaltung von Straßen, Wegen und Plätzen
- Instandsetzung und Modernisierung von herausgehobenen Gebäuden
- Unterstützung bei der Neu- oder Zwischennutzung leerstehender Gebäude oder Grundstücke
- Citymanagement

Zentrum Niendorf-Nord

Im Nahversorgungszentrum Niendorf-Nord ist seit einiger Zeit eine fortschreitende Ausdünnung des Angebots zu beobachten, darüberhinaus entspricht die Gestaltung und bauliche Struktur des Einkaufszentrums nicht mehr heutigen Erwartungen. Hier sollen rechtzeitig die vorhandenen Potentiale gestärkt werden und das Quartierszentrum gemeinsam mit den Gewerbetreibenden, Eigentümern und anderen Akteuren vor Ort weiter entwickelt werden, um insbesondere auch älteren, weniger mobilen Menschen und Familien Einkaufsmöglichkeiten und einen sozialen Treffpunkt in ihrer direkten Umgebung zu erhalten.

Langenhorner Markt

Am Langenhorner-Markt, der den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens im Stadtteil Langenhorn bildet, ist ein anhaltender Abwärtstrend zu beobachten. Dieser hat durch die Schließung der Hertie-Filiale zusätzlich an Dynamik gewonnen. Der Bezirk hat ab 2008 ein breit angelegtes Gutachten- und Beteiligungsverfahren „Zukunft Langenhorner Markt“ durchgeführt. Das Ergebnis belegt die Notwendigkeit eines umfassenden Gebietsentwicklungsprozesses für den Langenhorner Markt mit dem Ziel, den Branchenmix zu verbessern, die einzelnen Teilbereiche des Zentrums stärker zu vernetzen und die Aufenthaltsqualität und Nutzbarkeit der öffentlichen Räume zu steigern. Das vorliegende Handlungs- und Maßnahmenkonzept bietet eine sehr gute Grundlage für die zeitnahe Umsetzung organisatorischer und baulicher Projekte wie z. B. die Neugestaltung des Langenhorner Marktplatzes.

Ortsratskern Rahlstedt

Die ursprüngliche Attraktivität des Ortskerns ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, dies ist ablesbar an den leerstehenden, fehl- oder minder genutzten Gebäuden. Im Branchenmix, in der Gastronomie sowie im Freizeitbereich fehlen neue Impulse. Durch eine Reihe von baulichen und strategischen Maßnahmen wie z.B. Umgestaltung der Fußgängerzonen und Plätze und Verbesserung der Erlebbarkeit des Flusslaufes der Wandse im Ortskern und ein innovatives Ladenleerstandsmanagement soll eine nachhaltige Aufwertung und Belebung des Zentrums erreicht werden.

Rückfragen:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle

Tel.: 42840 – / 2058 / 2051 / 3249 / 3063, Fax: 42840 – 3735

e-mail: pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de, www.bsu.hamburg.de

27. Januar 2010/bsu27

Alstereis für Großveranstaltungen nicht stark genug

Die Genehmigung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) für ein „Alstereisvergnügen“ mit zahlreichen Getränke- und Imbissständen ist aus Sicherheitsgründen an folgende Voraussetzungen gekoppelt:

- Das Eis muss stark genug sein, um mehrere hunderttausend Besucher zu halten. Die Außenalster muss hierfür von einer 20 cm starken Schicht Kern- oder Klareis bedeckt sein. Kern- oder Klareis ist Eis ohne Einschlüsse, mit wenig oder kaum Schichtung. Nur solches Eis bietet die nötige Stabilität für Großveranstaltungen.
- Der offizielle Wetterbericht des Deutschen Wetterdienstes muss mindestens für das Alstereisvergnügen-Wochenende selbst leichten Frost tagsüber und starken Frost nachts voraussagen. Nur dann behält das Eis mindestens seine bisherige Stärke.

Da schon die erste dieser Voraussetzungen nicht erfüllt ist, kann die BSU für das kommende Wochenende (30/31. Januar) leider keine Genehmigung für ein „Alstereisvergnügen“ erteilen. Die Gründe hierfür im Einzelnen:

- Das Eis der Außenalster ist derzeit für eine Vergabe von Standplätzen für ein „Alstereisvergnügen“ am kommenden Wochenende nicht stabil genug. Das Kerneis, das die Tragfähigkeit des Eises bestimmt, ist nicht ausreichend dick. Die Erfahrungen aus den letzten Alstereisvergnügen von 1996 und 1997 haben gezeigt, wie sensibel das Eis reagiert, wenn die Beanspruchung zu groß wird. Einsetzendes Tauwetter und Rissbildung führten damals dazu, dass die Standflächen von Sonnabend auf Sonntag geräumt werden mussten.
- 20 cm Kerneis wurde bisher nicht auf der Außenalster gemessen. Die bisherigen Messungen haben Kerneis-Stärken zwischen 12 und 18 cm ergeben.
- Aufgrund der im offiziellen Wetterbericht für die nächsten Tage vorhergesagten Temperaturen kann kein weiteres Eiswachstum erwartet werden.

Umweltsenatorin Anja Hajduk: „Genauso wie sehr viele Hamburgerinnen und Hamburger sowie Gäste unserer Stadt wünsche ich mir sehr ein Alstereisvergnügen! Oberste Priorität muss aber die Sicherheit haben, um so eine Großveranstaltung auf der Alster zuzulassen. Das hat nichts mit Paragrafen-Reiterei zu tun, sondern einzig und allein mit der Sicherheit

auf dem Eis. Wir hoffen jetzt auf das übernächste Wochenende am 5. bis 7. Februar mit passendem Frostwetter.“

Die Tragfähigkeit des Eises auf weiten Teilen der Außenalster ist für das Betreten und Schlittschuhlaufen geeignet, jedoch gibt es noch einige Stellen, wo Einbruchgefahr besteht. Diese Stellen sind gekennzeichnet, dennoch sollte jeder, der sich auf das Eis begibt, vorsichtig sein und besonders von offenen Gewässerbereichen, Brücken, Einleitungen und überhängenden Bäumen weiträumig Abstand halten. Massenansammlungen auf dem Eis sollten vermieden werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Betreten von Eisflächen auf eigenes Risiko geschieht und eine Rissbildung im Eis immer möglich ist. Eltern sollten Kinder nicht unbeaufsichtigt auf das Eis lassen.

Wie die Außenalster sind im Norden auch das Steinhuder Meer und der Maschsee für das Wochenende nicht für Großveranstaltungen freigegeben worden. Bei allen Diskussionen über das Alstereis muss beachtet werden, dass die Alster kein ruhender See, sondern ein aufgestauter Fluss mit Strömung und Wasserregulierung ist. Beides hat neben der Witterung Einfluss auf die Eisbildung.

Für Nachfragen stehen Ihnen die Pressestelle und ein Vertreter des Amtes für Gewässerschutz heute Nachmittag um 15:00 am Fähranleger Alte Rabenstraße zur Verfügung.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.45-32 49, Volker.Dumann @bsu.hamburg.de.

26. Januar 2010/bsu26a

Saubere Schiffe im Hafen **Hamburg setzt „Schwefel-Richtlinie“ der EU um**

Seit Anfang Januar dürfen Schiffe ab einer Liegezeit von zwei Stunden in den Häfen der Europäischen Union keine Kraftstoffe mit einem Schwefelgehalt von über 0,1 Prozent mehr verwenden. Damit wird der aktuelle Wert von 1,5 Prozent um rund 93 Prozent verringert. Ausnahmen sind nur durch den Stopp aller Motoren und Kesselanlagen oder durch eine andersartige Energieversorgung, z.B. durch Landstrom, möglich. Falls kein schwefelarmer Treibstoff an Bord ist, muss er unverzüglich beschafft und verwendet werden. Hamburg setzt hiermit eine entsprechende EU-Richtlinie (2005/33/EG, „Schwefel-Richtlinie“) mit einem eigenen Gesetz um. Damit soll die Luftverschmutzung in Häfen verringert werden, die bei der Verfeuerung schwefelreicher Schiffskraftstoffe entsteht. Konkret bedeutet dies eine Reduzierung der Partikelemissionen um rund 70 Prozent.

Umweltsenatorin Anja Hajduk: „Die Umsetzung der Schwefel-Richtlinie passt genau in unser Konzept, in der Stadt und im Hafen durch geeignete Maßnahmen für bessere Luft zu sorgen. Hamburg bemüht sich zudem, zusammen mit anderen europäischen Hafenstädten Rahmenbedingungen für die Einführung von Landstrom zu formulieren, um künftig noch besseren Umweltschutz im Hafen zu erreichen.“

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Durch die Umstellung auf schwefelarmen Treibstoff während der Liegezeit werden die Belastungen für die Umwelt im Hafen massiv reduziert. Die Schifffahrt trägt so ihren Anteil zur qualitativen Verbesserung der Luft bei. Diese Maßnahme ist ein Teil des Gesamtumweltkonzepts des Hamburger Senats.“

Herzstück des neuen Gesetzes sind Kontrollen der Schiffspapiere durch die Wasserschutzpolizei. Im Zweifelsfall werden Proben des gerade verwendeten Kraftstoffs entnommen. Die Proben gehen an zugelassene Labors. Im Falle einer nachgewiesenen Überschreitung des Schwefelgrenzwertes droht der Schiffsführung bzw. dem Schiffseigner ein Ordnungswidrigkeitsverfahren. Im Einzelfall kann ein Bußgeld von bis zu € 50.000 verhängt werden.

Hintergrund: Die Belastung durch Schwefeldioxid im Stadtgebiet Hamburg ist seit vielen Jahren stetig zurückgegangen. Zahlreiche Programme, die Einführung und stete Verbesserung des Hamburger Luftreinhalteplans haben sich hier positiv ausgewirkt. Im Hafen wurden die Emissionen wesentlich durch den stark

schwefelhaltigen Schiffskraftstoff beeinflusst. Die Hafenwerte werden sich aber durch die Umsetzung der neuen EU-Richtlinie weiter verbessern. Außerdem prüft die Behörde für Stadtentwicklung die Einführung von Landstromanschlüssen für die beiden Kreuzfahrterminals. Derzeit wird durch ein Gutachten die wirtschaftliche und rechtliche Machbarkeit überprüft. Im Juni 2009 hat die BSU außerdem eine Initiative zur Zusammenarbeit von europäischen Kreuzfahrthäfen zur Senkung der Schiffsemissionen durch Kreuzfahrtschiffe gestartet.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann,
T: (040)428.45-32 49, Volker.Dumann @bsu.hamburg.de.

25. Januar 2010/bwf25

„Flight Book“ soll Jugendliche für Luft- und Raumfahrt faszinieren

Wissenschaftssenatorin Gundelach und EADS-Technologie-Vorstand Botti übergeben 500 Bücher am Gymnasium Kirchdorf/Wilhelmsburg

Wie werden Flugzeuge angetrieben? Fliegen schon bald Touristen ins All? Wie helfen Satelliten, die Umwelt zu schützen? Diese und andere Fragen beantwortet das „Flight Book“ der EADS-Stiftung seinen jungen Leserinnen und Lesern. Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach und Dr. Jean Botti, Chief Technical Officer (CTO)/ Technologievorstand der EADS, stellten das Buch heute zusammen am Gymnasium Kirchdorf/Wilhelmsburg vor. Schulleiterin Gerlind Buscher und etwa 500 Schüler der Schule erhielten jeweils ein Exemplar.

Das Buch mit dem Titel „Flight Book – Faszination Luft- und Raumfahrt“ richtet sich an Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren. „Ich hoffe sehr“, so **EADS-Vorstand Jean Botti**, „dass dieses Buch das Interesse der Schüler an der faszinierenden Welt der Flugzeuge, Satelliten und Raumfahrzeuge weckt.“

„Das ‚Flight Book‘ ist ein tolles Beispiel, um Jugendliche frühzeitig für die Welt der Naturwissenschaften und Technik zu begeistern“, befand **Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach**. „Als Bewohnerin und Patin von Wilhelmsburg freut es mich ganz besonders, dass das Buch hier vorgestellt wird“, so Gundelach weiter. Für die tolle Idee und das große Engagement dankte sie Dr. Botti und der EADS sehr herzlich: „Mit dem Buch machen Sie Jugendlichen, aber auch vielen Erwachsenen eine riesige Freude!“

„Es ist uns ein besonderes Anliegen, die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer und Informatik für unsere Schülerinnen und Schüler attraktiv zu gestalten und ihnen ein Studium oder eine Ausbildung in diesem Sektor als Zukunft weisend ans Herz zu legen“, betonte **Schulleiterin Gerlind Buscher**. „Mit Unterrichtsangeboten wie dem Fach „Experimentelle Naturwissenschaften“ in der Mittelstufe, der Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Hamburg in verschiedenen Projekten und der Einrichtung eines Oberstufenprofils mit dem

Profilfach Physik haben wir den richtigen Weg eingeschlagen“, so Buscher weiter. „Das Flight Book von Dr. Botti und EADS geben einen weiteren wirklich schönen Impuls in diese Richtung. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich.“

Das von der EADS Unternehmensstiftung („Fondation d’entreprise EADS“) herausgegebene Flight Book ist bisher in drei Sprachen erschienen und soll Jugendlichen auf verständliche, aber anspruchsvolle Weise Themen der Luft- und Raumfahrt erklären. Die zahlreichen Schaubilder und Fotos vermitteln umfassende Informationen über Themen wie Start und Landung eines Flugzeugs, wie ein Hubschrauber gesteuert wird und was Astronauten im Weltraum erforschen. An der inhaltlichen Konzeption waren auch Jugendliche beteiligt, damit dieses Buch den Erwartungen seiner Leser entspricht.

Die dem Buch beiliegende DVD gibt in zahlreichen Filmen und Fotos Auskunft über die Welt der EADS. So zeigen Fotos den Innenraum des Airbus A380 und ein Film den Start einer Ariane 5 Rakete.

Jean Botti ist auch Präsident der EADS Unternehmensstiftung, die hauptsächlich Lehrstühle an Universitäten finanziert und Doktorandenstipendien vergibt. Sie hat sich auch zum Ziel gesetzt, bei jungen Menschen ein Interesse für Naturwissenschaft und Technik, insbesondere in der Luft- und Raumfahrt zu wecken. Das Flight Book ist nur eine von zahlreichen Initiativen der Stiftung, um Jugendliche für technische Themen zu begeistern. So schreibt die Stiftung auch Wettbewerbe für Schüler aus und hat bereits zur Ehrung der Gewinner alle teilnehmenden Schulklassen zur Pariser Luftfahrtshow eingeladen.

Hintergrund dieser, aber auch zahlreicher weiterer Aktivitäten ist der mangelnde Nachwuchs an Ingenieuren, der die Industrie weltweit bedroht. Immer weniger Jugendliche wollen ein Ingenieurstudium aufnehmen. "Eine Karriere als Manager oder Jurist erscheint vielen attraktiver", sagte **Botti** im Gymnasium Kirchdorf/Wilhelmsburg. "Dabei kann ich aus eigener Erfahrung sagen: Es ist wunderbar, als Ingenieur daran mitzuhelfen, dass die Technik der Zukunft dem Menschen nutzt und dabei auch immer umweltfreundlicher wird."

EADS ist ein weltweit führendes Unternehmen der Luft- und Raumfahrt, im Verteidigungsgeschäft und den dazugehörigen Dienstleistungen, mit einem Umsatz von € 43,3 Milliarden im Jahr 2008 und rund 118.000 Mitarbeitern. Zum Konzern gehören Airbus, der führende Hersteller von Zivilflugzeugen sowie militärischen Tank- und Transportflugzeugen, zudem das weltweit größte Hubschrauber-Unternehmen Eurocopter

sowie Astrium, die europäische Nummer 1 im Raumfahrtgeschäft mit Programmen wie Ariane und Galileo.

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

EADS Deutschland, Gregor v. Kursell
Tel.: 089 607-34255, E-Mail: gregor.kursell@eads.net

26. Januar 2010/jb26

Hamburg setzt sich für Gerichtsverfahren in englischer Sprache ein

Mit einer gemeinsamen Initiative im Bundesrat wollen Hamburg und Nordrhein-Westfalen Englisch als Sprache vor Gericht ermöglichen. **Justizsenator Dr. Till Steffen:** „Die internationale Wirtschaft spricht Englisch. Da liegt es nahe, dass internationale Wirtschaftsunternehmen ihre Rechtsstreitigkeiten in englischer Sprache ausfechten wollen. Hamburg ist mit spezialisierten Richtern und Anwälten bereits international ausgerichtet. Mit dem Gesetzentwurf wollen wir den Rechtsstandort Hamburg mit internationaler Orientierung stärken. Damit erhöhen wir auch die Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen.“

Die englische Sprache spielt bei rund einem Drittel der Wirtschaftsverfahren vor den Kammern für Handelssachen eine Rolle. Das deutsche Recht und die deutsche Justiz genießen international hohe Anerkennung. Häufig wählen nicht-deutschsprachige Vertragspartner und Prozessparteien jedoch einen Gerichtsstandort im – meist englischsprachigen – Ausland. Ein Grund dafür ist, dass in Deutschland als Gerichtssprache ausschließlich Deutsch anerkannt wird.

Der gemeinsame Gesetzentwurf für die Einrichtung von Kammern für internationale Handelssachen wird am Freitag, den 12. Februar, im Bundesrat diskutiert.

Kontakt:

Pia Kohorst, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

28.01.2010/bksm28

Elbphilharmonie: Offene Punkte werden detailliert geklärt ReGe und Hochtief einigen sich auf Verfahren zur Lösung der strittigen Forderungen und Terminverzüge

Eröffnungstermin bleibt bestehen

Zwischen der ReGe als Bauherrn und dem Generalunternehmer Hochtief gibt es unterschiedliche Auffassungen über die Berechtigung der von Hochtief geltend gemachten Forderungen und Terminverzüge. Es ist das Bestreben der Freien und Hansestadt Hamburg, anstehende Probleme zeitnah und detailliert zu lösen.

Der ReGe liegen die dafür notwendigen prüffähigen Unterlagen bisher nicht vor. Dies gilt insbesondere für die von Hochtief angekündigten deutlichen Terminverzüge. Umso mehr begrüßt es die Stadt, dass sich Hochtief nunmehr zur Aufnahme von detaillierten Klärungsgesprächen bereit erklärt hat. Genau dieser Prozess der Offenlegung und Klärung ist notwendig, um die bestehenden Probleme zu lösen.

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck: „Ich begrüße sehr, dass Hochtief nunmehr einverstanden ist, in einen strukturierten Lösungsprozess einzutreten. Hochtief hat uns zugesagt, die offenen Punkte jeweils einzeln und nachprüfbar zu belegen und in lösungsorientierte Verhandlungen darüber einzusteigen. Ein besonders wichtiger Punkt bei diesen Gesprächen wird der von Hochtief angemeldete Terminverzug sein. Die Stadt geht von einer planmäßigen Eröffnung der Elbphilharmonie aus. Für die anstehenden Verhandlungen sind wir gut aufgestellt und sehen den Gesprächen zuversichtlich entgegen.“

Für Rückfragen:

Karl Olaf Petters
Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 325
karlolaf.petters@bksm.hamburg.de

oder

Ilka v. Bodungen
Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293
ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

ReGe28

Elbphilharmonie: Klärungsprozess beginnt

Hamburg, 28. Januar 2010:

Forderungen von Hochtief werden weiterhin für unbe-rechtigt gehalten, Eröffnungstermin bleibt bestehen.

Die ReGe Hamburg begrüßt, dass Hochtief nunmehr dem von der ReGe seit langem vorgeschlagenen Klärungs-prozess zustimmt

Gerade in den letzten Monaten hat die Anzahl offener Punkte zwischen dem Bauherrn ReGe und dem Bauunternehmen Hochtief zugenommen. In einer Vielzahl von Gesprächen hat die ReGe Hochtief darauf hingewiesen, dass ein Großteil der geltend gemachten Forderungen und Behinderungssachverhalte nicht ausreichend hinterlegt und damit nicht prüffähig sind. Wichtigstes Bestreben der ReGe ist es, in einem detaillierten Prüfungsprozess die strittigen Punkte lösungsorientiert zu klären. Hierzu hat es seit 2009 eine Vielzahl von Gesprächen gegeben.

Heribert Leutner, Geschäftsführer der ReGe Hamburg Projekt-Realisierungsgesellschaft mbH: „Die ReGe hat immer wieder Versuche unternommen, mit Hochtief in einen strukturierten Lösungsprozess einzusteigen. Wir begrüßen es daher sehr, dass Hochtief nunmehr zu einem solchen Vorgehen bereit ist.“

Leutner stellt aber auch klar, dass der Verhandlungsprozess nicht einfach werden wird. „Gerade die jüngst benannten Terminverzögerungen sind als Maximalpositionen zu bewerten. Das zeigt aber die Konfliktbereitschaft von Hochtief. Für mich als Geschäftsführer ist entscheidend: Wir lassen uns weder über den Termin noch über Kosten unter Druck setzen und werden alle Positionen detailliert verhandeln.“

Wir halten weiterhin die Forderungen von Hochtief in weiten Teilen für unbegründet. Insbesondere in den von Hochtief benannten Bereichen Technische Gebäudeausstattung (TGA) und Tragwerksplanung liegt die Planungsverantwortlichkeit bei Hochtief. Unser Ziel ist es, diese Punkte zügig und lösungsorientiert zu klären.“

!!! SPERRFRIST 19.00 Uhr !!!

29. Januar 2010/bksm29

Olaf Metzel mit dem Lichtwark-Preis geehrt Hamburger Künstler Stefan Marx und Dirk Stewen erhalten das Lichtwark-Stipendium

Im Rahmen eines Senatsempfangs hat die Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Prof. Dr. Karin v. Welck, dem Bildhauer Olaf Metzel heute in der Galerie der Gegenwart der Hamburger Kunsthalle den mit 10.000 Euro dotierten Lichtwark-Preis 2009 überreicht. Das Lichtwark-Stipendium in Höhe von insgesamt 5.000 Euro erhielten die Hamburger Künstler Stefan Marx und Dirk Stewen.

Senatorin v. Welck: „Olaf Metzel gehört zu den bedeutendsten und international bekanntesten deutschen Künstlern. Seine Werke treffen den Nerv der Gesellschaft, vor allem seine Skulpturen im öffentlichen Raum rufen breite öffentliche Diskussionen über aktuelle Themen wie Aggression, Gewalt, Verdrängung und Ausländerfeindlichkeit hervor. Ich freue mich sehr, Olaf Metzel den Lichtwark-Preis zu überreichen – in Erinnerung an Alfred Lichtwark, der die Kunsthalle als erster Direktor mit großer Ausdauer und Überzeugungskraft für die zeitgenössische Kunst geöffnet hat.“

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat den Lichtwark-Preis 1951 aus Anlass des 100. Geburtstags von Alfred Lichtwark gestiftet. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird alle fünf Jahre vergeben. Zu den Preisträgern gehörten bisher u.a. Max Ernst, Joseph Beuys, Sigmar Polke und Hanne Darboven. Parallel zum Lichtwark-Preis wird ein Stipendium in Höhe von insgesamt 5.000 Euro vergeben. Unter den bisherigen Stipendiaten waren u.a. Horst Janssen, Armin Sandig, Jeanne Faust und Christoph Schäfer.

Für Bildmaterial können Sie sich an die Pressestelle der Behörde für Kultur, Sport und Medien wenden, unter ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de oder 040-42824 293.

Für Rückfragen:

Ilka v. Bodungen

Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien

040 – 428 24 293

ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

Lichtwark-Preis 2009

Informationen zu den ausgezeichneten Künstlern

Olaf Metzel wurde 1952 in Berlin geboren. Er studierte von 1971 – 77 in Berlin an der Freien Universität und der Hochschule der Künste. Seit 1990 ist er Professor für Bildhauerei an der Akademie der Bildenden Künste in München. Er war 1987 mit seinen Werken auf der

documenta 8 vertreten und wurde u.a. mit dem Arnold–Bode–Preis in Kassel (1994) und dem Kunstpreis der Stadt Darmstadt (1996) ausgezeichnet.

Aus der Begründung der Jury:

„Ein streitbarer Bildhauer, der sich offensiv mit den sozialen und politischen Realitäten auseinandersetzt und das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Unterdrückung, Verdrängung, Ausgrenzung und Gewalt in unserer Gesellschaft schärft. Dabei greift er Reizthemen der Staatsgewalt, der Ausländerfeindlichkeit, der verhängnisvollen deutschen Geschichte und der Aggression in sozialen Brennpunkten auf, ohne sie moralisierend zu verharmlosen. Wie kaum einem anderen Künstler gelingt es Olaf Metzger, den indirekten und direkten Formen der Gewalt mit ästhetischen Mitteln Ausdruck zu verleihen, ohne diese bloß zu illustrieren oder sich in der Anklage zu erschöpfen.“

Stefan Marx wurde 1979 in Schwalmstadt geboren und studierte an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg. Er kreiert u.a. Entwürfe für Cover und Plakate und gestaltet eigene Bücher, die er selbst herausbringt.

Aus der Begründung der Jury:

„Nicht zuletzt durch den skizzenhaften Zeichenstil drücken die Zeichnungen von Marx eine Energie und Dynamik aus, die den zeitgenössischen Lebensbedingungen entspricht, auf sie reagiert und sie kommentiert. Teils findet das Kommentierende buchstäblichen Ausdruck in hintergründigen Slogans voll unterschwelliger Ironie.“

Der 1972 geborene Dirk Stewen studierte an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg. Seine raumgreifenden, präzise angeordneten Installationen aus Collagen, Fotografien, Zeichnungen und Aquarellen waren bereits in zahlreichen nationalen und internationalen Ausstellungen zu sehen.

Aus der Begründung der Jury:

„Seine Bilder spielen mit aufgeladenen Momenten intensiver Emotionen. In seinen raumgreifenden, präzise angeordneten Installationen aus Collagen, Fotografien, Zeichnungen und Aquarellen experimentiert er mit sexuellen Konnotationen, mit den Klischees erotischer Spiele. Auch wenn seine Arbeiten von Obsessionen, Ängsten und Demütigung sprechen, haben sie immer etwas Fragiles und hinterlassen beim Betrachter ein Gefühl von atmosphärischer Leichtigkeit.“

Terminkalender

Vom 1. Februar bis 7. Februar 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 01.02.2010

- 18:00** UKE Erika-Haus, Martinistraße 52
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besucht den **Neujahrsempfang des UKE.**
- 19:30** Fairmont Hotel Vier Jahreszeiten
Bürgermeister Ole von Beust nimmt teil an der **14. Hamburg-Soirée.**

Dienstag, den 02.02.2010

- 16:00** Rathaus, Raum III
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Vizebürgermeister aus Busan (Südkorea), Seung-Taek Baek, zum Gespräch.**

Mittwoch, den 03.02.2010

- 11:15** Berlin Congress Center, Alexanderstraße 1, Berlin
Senator Christoph Ahlhaus nimmt teil am **13. Europäischen Polizeikongress.**
- 18:00** Hapag-Lloyd, Ballindamm 25
Bürgermeisterin Christa Goetsch hält ein **Grußwort bei der Preisverleihung des Hamburger Hauptschulmodells 2010 der Arbeitsstiftung Hamburg.**

Donnerstag, den 04.02.2010

- ganztätig** Madrid, Senat, Plaza de la Marina Española 8
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt vom **04.-05.02.2010** teil an der **Konferenz der Vorsitzenden der Europaausschüsse (COSAC) unter spanischem Vorsitz.**
- 11:00** Mannesallee 13, 21107 Hamburg
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort zur Eröffnung des 15. wellcome-Standortes in Hamburg.**
- 11:00** Adolf-Diesterweg-Schule, Felix-Jud-Ring 29
Bürgermeisterin Christa Goetsch hält ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung der Veranstaltungsserie „Konzerte in Jeki-Schulen“ und nimmt teil an dem Eröffnungskonzert.**
- 15:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Senator Christoph Ahlhaus gibt einen **Senatsempfang für die Besatzungen von drei Schiffen der Deutschen Marine, die z.Zt. in Hamburg auf der Werft liegen.**
- 17:00** Gästehaus der Universität
Staatsrat Christian Maaß nimmt teil an der **Gründungsveranstaltung „Internationaler Umweltrechtstag e.V. Hamburg“.**

18:30 Schloss Reinbek
Senatorin Anja Hajduk nimmt teil an der **Norddeutschen Kaminrunde**.

Freitag, den 05.02.2010

10:00 Aula der HAW, Berliner Tor 5, Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Semesterabschlussveranstaltung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW)**.

18:00 Sitz der Türkischen Gemeinde, Hospitalstraße 111, Haus 7
Staatsrätin Carola v. Paczensky nimmt teil am **diesjährigen Neujahrsempfang der Türkischen Gemeinde**.

19:00 Dorfkrug Volksdorf
Senatorin Anja Hajduk nimmt teil am **Waldherrenmahl**.

19:00 Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke
Senator Dr. Till Steffen spricht ein **Grußwort anlässlich der Hamburg Lecture on International an European Law**.

Samstag, den 06.02.2010

10:00 Thalia Theater, Alstertor 1
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck verleiht den „**Lessing-Preis 2009**“ an **Klaus Harpprecht** und das „**Lessing-Stipendium**“ an **Jan Wagner**.

Sonntag, den 07.02.2010

18:00 Hamburgische Staatsoper, Dammtorstrasse 28
Staatsrat Dr. Manfred Jäger besucht die **Premiere von “Andrea Chenier“ von Umberto Giordano**.